

Kosten für die Steuerzahler? Wenn die Zentralbank in einer Staatsschuldenkrise nicht interveniert, wird es am Ende nötig sein, viele Banken zu stützen, die durch den Wertverlust von Staatsanleihen in ihrem Portfolio vor der Pleite stehen. Darüber sind sich alle Experten einig. Die Bankenrettung könnte letztlich aber deutlich teurer werden, schreibt de Grauwe. Schließlich sei die Gesamtverschuldung des Bankensektors um ein Vielfaches höher als die der Staaten. Zudem weist der Wissenschaftler darauf hin, dass für die Zentralbank ohnehin immer ein Risiko bestehe, Verluste zu machen, die letztlich der Steuerzahler tragen muss. Denn bei ihren so genannten Offenmarktgeschäften kauft sie Wertpapiere privater Anbieter, bei denen gleichermaßen ein Ausfallrisiko besteht. Es würde sich daher nichts Grundsätzliches

verändern, wenn die EZB ihre Bestände an Staatsanleihen aufstocken würde, wie es etwa die amerikanische Fed oder die Bank of England getan haben.

Inflationsrisiken? Wenn die EZB Staatspapiere kauft, pumpt sie frisches Geld in den Markt. Doch damit müsse sich die Geldmenge insgesamt nicht zwangsläufig erhöhen, erläutert der Wissenschaftler. Denn es gibt einen starken, empirisch gut belegten, Gegeneffekt: In Krisenzeiten vergeben die Geschäftsbanken weniger Kredite. Unter dem Strich würde die Geldmenge insgesamt nicht steigen – und von ihr keine Inflationsgefahr ausgehen.

Einladung zum Schuldenmachen? Damit Regierungen sich nicht einfach darauf verlassen, dass die EZB ihnen stets die Ausgabe neuer Schuldverschreibungen ermöglicht, sollte eine länderübergreifende Institution die Finanzpolitik der Eurostaaten koordinieren und überwachen, schreibt der Ökonom. Dem stehe ein erweiterter EZB-Auftrag jedoch nicht im Wege. De Grauwe beschreibt die Aufgabenteilung zwischen Geld- und Finanzpolitik mit einer Metapher: Der EZB falle die Rolle der Feuerwehr zu, die in die Lage versetzt werden müsse, im Notfall zu löschen. Eine koordinierte Finanzpolitik solle die Rolle von Justiz und Polizei übernehmen, die Brandstiftung bestrafen – oder besser durch präventive Maßnahmen verhindern. ▲

* Quelle: Paul de Grauwe: The European Central Bank: Lender of Last Resort in the Government Bond Markets?, CESifo Working Paper No. 3569, September 2011; ders.: The Governance of a Fragile Eurozone, CEPS Working Document, Mai 2011

Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

WIRTSCHAFTSKRISE

EU: Wenig Steuern auf Kapital

In vielen EU-Ländern sind die Steuern auf Kapitaleinkommen gesunken – besonders in Deutschland.

Die EU-Kommission will nun die Finanzbranche stärker an den Kosten der Krise beteiligen.

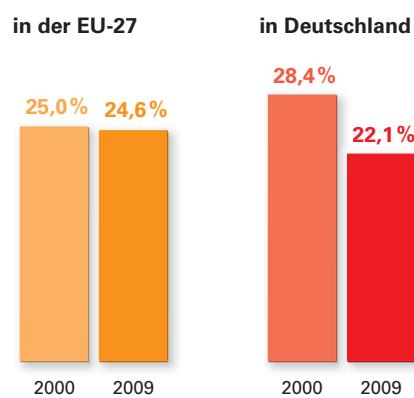
Weniger als ein Fünftel des Aufkommens in der Europäischen Union stammt aus Steuern auf Kapitalerträge, zeigen Berechnungen der europäischen Statistikbehörde Eurostat.* 2009 betrug die durchschnittliche Belastung von Kapitaleinkommen 24,6 Prozent. Weitaus höhere Werte erreichten Frankreich mit 35,6, Großbritannien mit 38,9 und Italien mit 39,1 Prozent. Deutschland hingegen lag mit 22,1 Prozent unter dem Schnitt; im Jahr 2000 waren es noch gut sechs Prozentpunkte mehr.

Allein die Befreiung der Finanzdienstleistungen von der Mehrwertsteuer bedeutet EU-weit Steuererleichterungen von 18 Milliarden Euro jährlich. Als wesentlicher Auslöser der Wirtschaftskrise solle die Finanzbranche jedoch einen Beitrag zur Haushaltkskonsolidierung der EU-Staaten leisten, so die Europäische Kommission. Sie schlägt daher die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor.

Würden rund 85 Prozent der zwischen Finanzinstituten abgewickelten Transaktionen in der EU besteuert, wären jährliche Einnahmen von etwa 57 Milliarden Euro möglich: Auf den Handel mit Anteilen und Anleihen entfielen ein Steuersatz von 0,1 Prozent, auf den mit Derivaten 0,01 Prozent.

Spielraum nach oben

Die durchschnittliche tatsächliche Steuerbelastung für Einkünfte aus Kapital betrug ...



Quelle: Eurostat 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Die Risiken einer solchen Steuer schätzt die Kommission als gering ein: Die Steuersätze seien niedrig und differenziert, die Bemessungsgrundlage breit. ▲

* Quelle: Eurostat: Taxation trends in the European Union, Luxemburg 2011

Download unter www.boecklerimpuls.de